

V6 Gegen die soziale Kälte, für Gerechtigkeit und soziale Sicherheit

Antragssteller*in: RG Bochum

Vorschlagstext

Der Attac-Ratschlag erklärt:

Wir stellen uns entschieden gegen die von der Regierung geplanten Kürzungen und den damit verbundenen Sozialraub. Schon jetzt erleben wir eine Welle öffentlicher Aggression gegen Empfänger*innen des Bürgergelds. Mit Lügen über angeblichen „Sozialbetrug“ wird nach unten getreten, während die wirklichen Betrüger – reiche Steuerhinterzieher*innen – geschont werden und Milliarden in Rüstungsindustrie und Militarisierung fließen.

Wir bekämpfen diese Diskriminierung, die die Rechte und die Würde der auf Bürgergeld oder Pflegegeld angewiesenen Menschen verletzt. Dass die SPD dieses Spiel mitmacht, ist ein politischer Skandal und ein weiterer Bruch sozialdemokratischer Grundwerte.

Wir treten ein für eine Politik der Umverteilung. Denn es gibt genug für alle, wenn der bei wenigen Menschen konzentrierte unanständige Reichtum stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen wird.

Attac ruft seine Mitglieder, Regionalgruppen und Bündnispartner*innen dazu auf, sich an den Protesten und Aktionen gegen unsoziale Sparpolitik zu beteiligen und eigene Aktivitäten zu entwickeln. Dafür soll zentral Material erstellt und ein Pool von Referent*innen organisiert werden.

Begründung

Der vielbeschworene „Herbst der Grausamkeiten“ bleibt vorerst aus – doch die angekündigten Kürzungen greifen wahrscheinlich im Frühjahr. Die Maßnahmen treffen vor allem Menschen mit geringen Einkommen, Erwerbslose und Kranke.

Dies geschieht in einer Zeit, in der die AfD einen besorgniserregenden Aufschwung erfährt. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander und ärmere Bevölkerungsschichten werden ganz im Sinne rechtsextremistischer Interessen gegeneinander ausgespielt. Damit wird die Voraussetzung des Sozialen zerstört: die Solidarität. Und zur Solidarität gehört für uns immer auch die Anerkennung von grundlegenden Rechten: Rechten von Migrant*innen, von queeren Menschen, von Frauen sowie der Rechte all jener, die im Kapitalismus ohne gesellschaftliche Hilfe nicht überleben können.

Parallel erleben wir einen fossilen Backlash: Statt die sozial-ökologische Transformation voranzutreiben, werden Klimaschutzmaßnahmen zurückgefahren und fossile Interessen gestärkt. Das dient kurzfristigen Profiten – und blockiert die dringend notwendige sozial gerechte Transformation. Sozialabbau und fossile Politik sind zwei Seiten derselben Medaille. Beide sichern die Macht derjenigen, die von Ungleichheit und Umweltzerstörung profitieren. Deshalb wollen wir dazu beitragen, dass es im Frühjahr eine starke, gemeinsame Antwort gibt: Solidarität statt Spaltung, soziale Sicherheit statt Kürzungspolitik, Klimagerechtigkeit statt fossiler Rückschritte. Nur mit Druck von unten können wir eine Politik durchsetzen, die ökologische und soziale Fragen zusammen denkt – für eine Zukunft, die allen gehört.

Die Regionalgruppe Bochum hat deshalb beschlossen, dieses Thema Anfang des nächsten Jahres in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten zu stellen und eine Veranstaltungsreihe (Vermögensumverteilung, Bürgergeld-Mythen, bezahlbares Wohnen) dazu durchzuführen.